



**Geschäftsführung
Verkehrsausschuss**

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 24.07.2015

Niederschrift

über die **7. Sitzung des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 09.06.2015, 16:00 Uhr bis 18:45 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stellv. Vorsitzende

Frau Susana dos Santos Herrmann SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Reinhard Houben FDP
Herr Jürgen Kircher SPD
Herr Peter Kron SPD
Herr Horst Noack SPD
Herr Bezirksbürgermeister Henk Benthem van CDU
Herr Dirk Michel CDU
Frau Birgitta Nesseler-Komp CDU
Frau Monika Roß-Belkner CDU
Herr Lino Hammer GRÜNE
Frau Marion Heuser GRÜNE
Herr Michael Weisenstein DIE LINKE (ab 16:20 Uhr)

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Frau Sabine Pakulat GRÜNE (für RM Wolter)

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 - 10 Gemeindeordnung NRW

Frau Ina Vera Ast AfD

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 11 - 12 Gemeindeordnung NRW

Herr Thomas Hegenbarth PIRATEN
Frau Dr. Ute Symanski DEINE FREUNDE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dr. Jörg Klusemann SPD
Frau Bezirksbürgermeisterin Helga Blömer-Frerker CDU (bis 18:15 Uhr)
Herr Markus Graf GRÜNE
Herr Hans-Peter Vietzke auf Vorschlag der Grünen
Frau Gunda Wienke auf Vorschlag von DIE LINKE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22, 23, 23a oder 23 b der Hauptsatzung

Herr Bernd Fahlenbock auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Verwaltung

Herr Thilo Bosse Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Frau Susanne Brenner-Gless Dezernat für Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
Herr Klaus Harzendorf Amt für Straßen und Verkehrstechnik
Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing Dezernat für Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
Frau Cornelia Müller Bauverwaltungsamt
Herr Gerd Neweling Amt für Brücken und Stadtbahnbau

Schriftführerin

Frau Angela Krause Dezernat für Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr

Gäste

Gäste der Bezirksvertretung Rodenkirchen zu TOP 5.4
Herr Gunther Höhn KVB AG
Herr Jens Wittrock BPR-Gruppe (zu TOP 5.4)

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Vorsitzender

Herr Bürgermeister Andreas Wolter GRÜNE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Oliver Czernik	auf Vorschlag der CDU
Herr Andreas Feld	auf Vorschlag der FDP
Herr Ralph Köhler	auf Vorschlag der CDU

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22, 23, 23a oder 23 b der Hauptsatzung

Herr Dieter Pannecke	Seniorenvertretung der Stadt Köln
----------------------	-----------------------------------

Stellv. Ausschussvorsitzende dos Santos Herrmann eröffnet die 7. Sitzung des Verkehrsausschusses in dieser Wahlperiode und begrüßt alle Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist sie darauf hin, dass diese wie folgt ergänzt werden soll:

- 1.1 Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.06.2015 betr.
Anpassung der Lichtsignalanlagen auf der Bonner Straße und im Verteilerkreis Süd
AN/0916/2015

- 1.2 Anfrage der FDP-Fraktion vom 03.06.2015 betr.
Schließung des Fernbusbahnhofes Breslauer Platz
AN/0923/2015

- 5.4 Baubeschluss für die 3. Baustufe der Nord-Süd Stadtbahn in Rodenkirchen mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes des Hj. 2015 bei Finanzstelle 6903-1202-2-5102 Stadtb.Rh.-Sieg BANord-Süd/3.Betr.absch. und Finanzstelle 6601-1201-2-1031 Bonner Str. (Nord-Süd-Stadtbahn, 3. BA)
0685/2015

- 6.3 Beantwortung der Anfrage der Piratengruppe im Rat der Stadt Köln "Videoüberwachung der KVB AG" (AN/0205/2015) aus der Sitzung am 09.03.2015
hier: Nachfragen zur Antwort der Verwaltung (DS-Nr.: 1206/2015)
1664/2015

Tischvorlage

- 6.4 Stau-Stadt Köln
hier: Anfrage der FDP-Fraktion zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 28.04.2015, TOP 1.4
1424/2015

Tischvorlage

- 6.5 Sanierung der Mülheimer Brücke - Chance für den Radverkehr;
Beantwortung der gemeinsamen Anfrage AN/0446/2015 vom 11.03.2015 der
Fraktion Die Linke und der Gruppe Deine Freunde
1014/2015
Tischvorlage
- 7.3 "Ist die Mobilität der Köln-Pass-Nutzer umfänglich gedeckt?" (AN/0379/2015
vom 02.03.2015)
0702/2015
verwiesen aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren
- 7.4 Vierter Nationaler Radverkehrskongress am 18. / 19. Mai 2015 in Potsdam
hier: Mit System zum Erfolg - Radverkehrserhebung in Köln und deren Nutzen
für die Planung
1729/2015
Tischvorlage

II. Nichtöffentlicher Teil

- 13.1 Kölner Verkehrs-Betriebe AG: Erhöhung der Kostenvorfinanzierung aus dem
Unfall Waidmarkt aufgrund folgender Aspekte:
- Mehrkosten bei den Baukosten und Baunebenkosten für die Errichtung des
Besichtigungsbauwerks (BesBG)
- Erhöhte Baukosten der Nord-Süd Stadtbahn wegen Bauzeitverlängerung
- Erhöhtes Baunebenkostenbudget bei der Nord-Süd Stadtbahn wegen Bau-
zeitverlängerung
1648/2015
Tischvorlage

Es werde gebeten, TOP 5.4 Baubeschluss 3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn, **VORZU-
ziehen**. Hierzu seien

Herr Wittrock vom Planungsbüro BPR anwesend sowie

die Bezirksvertreter aus Rodenkirchen

Homann (Bezirksbürgermeister)

Daniel

Schykowski

Dr. Müller

Ilg

Analog dem Verfahren beim Planungsbeschluss in 2013 soll den Bezirksvertretern die
Möglichkeit gegeben werden, den Vortrag mit anzuhören und sich an der Diskussion
zu beteiligen. Während des vorgesehenen Beratungslaufes der Vorlage finde keine

reguläre BV-Sitzung mehr statt, so dass diese dann im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung beteiligt werde.

Der 2. Durchgang des Verkehrsausschusses sei für Montag, 22.06.2015, 14 Uhr (**Sondersitzung**) vorgesehen; Dauer ca. 30 Minuten, da ab 14.30 Uhr der Finanzausschuss tagt.

Der Ausschuss ist mit diesem Verfahren und den Nachträgen einverstanden; somit ergibt sich folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von Sachkundigen Einwohnern und Bürgern

B Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.06.2015 betr.
Anpassung der Lichtsignalanlagen auf der Bonner Straße und im Verteilerkreis Süd
AN/0916/2015

1.2 Anfrage der FDP-Fraktion vom 03.06.2015 betr.
Schließung des Fernbusbahnhofes Breslauer Platz
AN/0923/2015

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Antrag der Piraten-Gruppe vom 27.05.2015 betr.
Prüfantrag für eine Fußwegekarte Köln. Erste Schritte für eine Kölner Fußverkehrsstrategie.
AN/0851/2015

2.1.1 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie der Piraten-Gruppe vom 09.06.2015
AN/0987/2015

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

3.1 Ausdehnung des 10-Minuten-Takts der Stadtbahnlinie 16 bis Godorf
1494/2015

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

- 4.1 Baubeschluss für den Umbau des Knotenpunktes Lindenthalgürtel / Dürener Straße sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen - hier: Finanzstelle 6602-1201-3-1001, Lindenthalgürtel / Dürener Straße, Linksabbieger
1183/2015
- 4.2 Baubeschluss für den Rückbau des begehbaren Kanals im Zusammenhang mit dem Ausbau der Geestemünder Straße zwischen Neusser Straße und Industriestraße in Köln-Niehl sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen, hier: Finanzstelle 6601-1201-5-1023, Geestemünder Straße (Neusser Landstraße bis Merkenicher Straße)
1218/2015
- 4.3 Radschnellweg Köln-Frechen
1. Bedarfsfeststellung über die Vergabe der Generalplanung inklusive der örtlichen Bauüberwachung (Leistungsphasen 1-9 HOAI) sowie über die Erstellung eines Verkehrsgutachtens
2. Planungsbeschluss über die Leistungsphasen 1 und 2
3. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen bei Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze
1168/2015

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

- 5.1 Planungsbeschluss zum Neubau einer Rad- und Fußwegebrücke an der Weinsbergstraße
1219/2014
- 5.2 Grundsatzbeschluss zur zukünftigen Nutzung des Deutzer Hafens
0255/2015
- 5.3 245. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
1381/2015
- 5.4 Baubeschluss für die 3. Baustufe der Nord-Süd Stadtbahn in Rodenkirchen mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes des Hj. 2015 bei Finanzstelle 6903-1202-2-5102 Stadtb.Rh.-Sieg BANord-Süd/3.Betr.absch. und Finanzstelle 6601-1201-2-1031 Bonner Str. (Nord-Süd-Stadtbahn, 3. BA)
0685/2015

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 6.1 Kölner Großbaustellen/Brücken
hier: Mündliche Anfrage des RM Hammer aus der Sitzung des Verkehrsausschusses am 09.03.2015, TOP 8.3
1086/2015
- 6.2 Herstellung eines Fußgängerüberweges Am Klosterhof in Köln-Dünnwald
hier: Mündliche Nachfrage des SE Czernik aus der Sitzung des Verkehrsausschusses am 09.03.2015, TOP 7.3
1179/2015
- 6.3 Beantwortung der Anfrage der Piratengruppe im Rat der Stadt Köln
"Videoüberwachung der KVB AG" (AN/0205/2015) aus der Sitzung am 09.03.2015
hier: Nachfragen zur Antwort der Verwaltung (DS-Nr.: 1206/2015)
1664/2015
- 6.4 Stau-Stadt Köln
hier: Anfrage der FDP-Fraktion zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 28.04.2015, TOP 1.4
1424/2015
- 6.5 Sanierung der Mülheimer Brücke - Chance für den Radverkehr;
Beantwortung der gemeinsamen Anfrage AN/0446/2015 vom 11.03.2015 der Fraktion Die Linke und der Gruppe Deine Freunde
1014/2015

7 Mitteilungen der Verwaltung

- 7.1 Einsatz von KVB-Elektrobussen auf der Linie 133 Zollstock/Südfriedhof bis Breslauer Platz/Hbf
0941/2015
- 7.2 Verwendung der Stellplatzablösemittel im Jahr 2014
1508/2015
- 7.3 "Ist die Mobilität der Köln-Pass-Nutzer umfänglich gedeckt?" (AN/0379/2015 vom 02.03.2015)
0702/2015
- 7.4 Vierter Nationaler Radverkehrskongress am 18. / 19. Mai 2015 in Potsdam
hier: Mit System zum Erfolg - Radverkehrserhebung in Köln und deren Nutzen für die Planung
1729/2015

8 Mündliche Anfragen

- 8.1 Shuttlebus-Verbindung Meschenich - Bhf. Hürth-Kalscheuren
Mündliche Anfrage des RM Roß-Belkner

II. Nichtöffentlicher Teil

9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

- 13.1 Kölner Verkehrs-Betriebe AG: Erhöhung der Kostenvorfinanzierung aus dem Unglück Waidmarkt
1648/2015

14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

15 Mitteilungen der Verwaltung

16 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von Sachkundigen Einwohnern und Bürgern

B Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.06.2015 betr. Anpassung der Lichtsignalanlagen auf der Bonner Straße und im Verteilerkreis Süd AN/0916/2015

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

1.2 Anfrage der FDP-Fraktion vom 03.06.2015 betr. Schließung des Fernbusbahnhofes Breslauer Platz AN/0923/2015

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Antrag der Piraten-Gruppe vom 27.05.2015 betr. Prüfantrag für eine Fußwegekarte Köln. Erste Schritte für eine Kölner Fußverkehrsstrategie. AN/0851/2015

Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie der Piraten-Gruppe vom 09.06.2015 AN/0987/2015

Stellv. Vorsitzende dos Santos Herrmann macht darauf aufmerksam, dass hierzu ein gemeinsamer Ersetzungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie der Piraten-Gruppe als Tischvorlage vorliege.

RM Hegenbarth nimmt als Initiator kurz Stellung zum Antrag.

Die RM Michel, Hammer, Dr. Symanski und Houben sowie SE Wienecke begrüßen den Antrag nachdrücklich.

Auch SE Fahlenbock lobt diese Initiative, weist jedoch darauf hin, dass eine Fußwegekarte in vollem Umfang barrierefrei abrufbar sein sollte.

Beschluss (Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der Piraten-Gruppe):

Mit dem Ziel der Förderung des Fußgängerverkehrs in Köln wird die Verwaltung gebeten

1. darzustellen, welche Angebote an (online) Fußwegekarten, Routenplanern oder Leitsystemen für Fußgänger es für Köln oder Teile Kölns bereits gibt,
2. die vorhandenen Angebote hinsichtlich des Informationsangebotes zu bewerten und
3. auf der Grundlage evtl. bereits vorhandener Angebote darzustellen, wie diese Angebote kostengünstig genutzt und im Zuge von Open Data in Kooperation mit den Anbietern ausgebaut werden könnten, so dass eine Fußwegekarte nach dem Vorbild Wiens (<https://www.wien.gv.at/verkehr/zufussgehen/fusswegekarte.html>) entstehen kann.
4. Die Ergebnisse der Prüfungen werden dem Verkehrsausschuss im 2. Halbjahr 2015 vorgelegt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

3.1 Ausdehnung des 10-Minuten-Takts der Stadtbahnlinie 16 bis Godorf 1494/2015

Stellv. Vorsitzende dos Santos Herrmann teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem Verwaltungsvorschlag nur bedingt folgen könne; sie stimme mit der Verwaltung überein, dass eine Realisierung insbesondere aus finanziellen Gründen zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich sei. Jedoch gehe sie davon aus, dass sich die Fahrgastzahlen zu einem späteren Zeitpunkt ggf. anders darstellen bzw. entwickeln, so dass sie der Verwaltung ergänzend den Auftrag erteilen möchte, spätestens im Sommer 2016 aktuelle Fahrgastzahlen bzw. Prognosen vorzulegen um dann erneut zu beraten.

RM Michel schließt sich seitens der CDU-Fraktion diesen Ausführungen grundsätzlich an. Auch seine Fraktion sei etwas unsicher und möchte die Anregung der Bezirksvertretung nicht vorschnell ablehnen; gleichwohl seien noch Fragen offen und er bitte die KVB um eine Einschätzung, wie sich die Fahrgastzahlen aus deren Sicht entwickeln werden. Bedenken müsse man jedoch auch, welche Begehrlichkeiten in anderen Bezirken durch eine etwaige Zustimmung zu dieser Anregung geweckt werden.

RM Hammer spricht die sehr hohen Kosten i.H.v. 2,5 Mio. € an, hinzu kämen noch die jährlichen Betriebskosten, die noch nicht beziffert seien. Andererseits möchte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen noch einen Schritt weitergehen und den 10-Minuten-Takt bis Wesseling ausdehnen, um dort die Pendler abzuholen und nicht mit dem Auto erst auf Kölner Stadtgebiet zu locken. Hier stelle sich dann die Frage, in wie weit die Stadt Wesseling bereit wäre, sich an den Kosten zu beteiligen oder ob ggf. auf die Wendeanlage in Godorf verzichtet werden könne. Der P+R-Platz in Godorf werde auch durch den Ausbau der L150 sicherlich an Bedeutung gewinnen, hier müsse die weitere Entwicklung abgewartet werden.

RM Weisenstein hingegen teilt die kritische Einschätzung der Verwaltung, dass die Kosten und der Effekt der Maßnahme in keinem guten Verhältnis stünden. Die zur Verfügung stehenden Mittel für den investiven Ausbau des ÖPNV seien sehr knapp bemessen und es müsse – wie schon von Herrn Michel angesprochen - abgewogen werden, ob durch die in Rede stehende Maßnahme andere, eigentlich wichtigere Projekte auf Kölner Stadtgebiet in der Priorität nach hinten geschoben werden können. Hier bitte er die Verwaltung um Prüfung und Stellungnahme zu gegebener Zeit.

Für die FDP-Fraktion signalisiert RM Houben Zustimmung zum Vorschlag der SPD-Fraktion.

SE Dr. Klusemann empfiehlt dem Ausschuss nachdrücklich, sich der Anregung der Bezirksvertretung anzuschließen. Diese seien die Vertreter vor Ort und kennen die Verkehrsproblematik im Kölner Süden im Detail. Die Linie 16 verkehre außerhalb der Spitzenzeiten im 20-Minuten-Takt, an den Wochenenden nur im 30-Minuten-Takt, so dass der P+R-Platz in Godorf derzeit eher unattraktiv und eine Taktverdichtung mit dem Ziel, den P+R-Platz weiter auszubauen, notwendig sei. Nur so können die Autofahrer dazu bewegt werden, auf den ÖPNV umzusteigen und der tägliche Stau, der auch den Radverkehr belaste, reduziert werden. Ihm falle zudem auf, dass die Kölner P+R-Anlagen – im Vergleich zu anderen großen Städten – relativ wenig beworben werden; hier rege er an, ggf. bereits an den Autobahnen auf die Plätze aufmerksam zu machen bzw. hinzuleiten. Hinsichtlich der Kritik an den hohen Kosten der Taktverdichtung weist er darauf hin, dass sich die Bezirksvertretung durchaus Gedanken über eine Finanzierung gemacht habe. So könne beispielsweise bei einer Verlängerung der Linie 17 bis nach Godorf auf eine Wendeanlage in Rodenkirchen verzichtet und somit ca. 2 Mio. € gespart werden.

Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, nimmt Stellung zum Verwaltungsvorschlag und erläutert die auch in der Vorlage genannten Zahlen und Fakten, die das heutige Takt-schema rechtfertigen. Bereits in 2013 habe man mit der Stadt Wesseling bzgl. einer etwaigen Beteiligung Kontakt aufgenommen, dieser sei bedauerlicher Weise aufgrund fehlender Finanzmittel auch auf dortiger Seite negativ verlaufen. Die KVB werde die heutige Diskussion jedoch zum Anlass nehmen, erneut das Gespräch mit Wesseling zu suchen. Er möchte der Vollständigkeit halber darauf hinweisen, dass die in der Vorlage genannten Investitionskosten von 2,5 Mio. € ggf. noch nach oben hin korrigiert werden müssen, da die Umsetzung erst nach einem zeitaufwändigen Planfeststellungsverfahren erfolgen könne. Die Fördermittel des NVR seien bis zum Jahre 2019 vollständig ausgeschöpft; bei Nichtabruf von Mitteln würden zudem andere Maßnahmen wie beispielsweise die Linie 7 in Porz den Vorrang erhalten. Die mehrfach gestellte Frage nach den jährlichen Betriebskosten könne er mit ca. 250.000 € werktags und mit 300.000 – 350.000 € bei einer Taktverdichtung auch am Wochenende beantworten. Die Anschaffung von neuen Fahrzeugen sei nicht erforderlich.

Herr Höhn führt weiterhin aus, dass aufgrund der Nachfragesituation neben der seit Jahren erfolgreich genutzten Wendeanlage in Sürth derzeit eine weitere Anlage in Rodenkirchen gebaut werde. Sofern die Situation dies ergebe, würde die KVB gerne auf eine Wendeanlage in Godorf verzichten, in Wesseling könnten die Bahnen auch wenden.

Den Vorschlag, sich in einem Jahr erneut die Fahrgastzahlen anzuschauen, begrüße er. Nach einer groben Prognose, einem rein theoretischen Modell, rechne er derzeit mit ca. 150 Fahrgästen pro Werktag zusätzlich bei einer Taktverdichtung; dies sei in der Tat ein sehr magerer Wert.

Stellv. Vorsitzende dos Santos Herrmann schlägt vor, den Beschlussvorschlag der Verwaltung wie mit der eingangs ausgeführten Ergänzung sowie einer alternativen Prüfung zur Wendeanlage in Godorf zu beschließen.

RM Roß-Belkner hingegen möchte die Beschlussfassung vertagen, um in einem Jahr mit aktuellen Zahlen und Daten erneut zu beraten.

Nach kontroverser Diskussion über die weitere Vorgehensweise mit dieser Verwaltungsvorlage stellt stellv. Vorsitzende dos Santos Herrmann den mündlich ergänzten Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Geänderter Beschluss:

Die Linie 16 wird weiterhin im 10-Minuten-Takt bis zum Bahnhof Sürth geführt; der Bahnhof Godorf wird nachfragegerecht im 20-Minuten-Takt angefahren.

Die Verwaltung wird jedoch gebeten,

spätestens im Sommer 2016 aktuelle Fahrgastzahlen bzw. Prognosen vorzulegen und zu prüfen, welche Alternativen es zur Wendeanlage in Godorf gibt.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU-Fraktion

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Baubeschluss für den Umbau des Knotenpunktes Lindenthalgürtel / Dürener Straße sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen - hier: Finanzstelle 6602-1201-3-1001, Lindenthalgürtel / Dürener Straße, Linksabbieger 1183/2015

SE Blömer-Frerker weist darauf hin, dass die BV Lindenthal in ihrer gestrigen Sitzung einen ergänzten Beschluss gefasst habe; der entsprechende Protokollauszug liege als Tischvorlage vor. Darüber hinaus möchte sie darauf aufmerksam machen, dass die Gruppe Deine Freunde weitere Optimierungsvorschläge erarbeitet habe, die ihr nach einer ersten Durchsicht sehr interessant und auch geeignet erscheinen, die Konfliktsituationen zwischen Fußgängern und Radfahrern zu entschärfen. Sie schläge vor, diese prüfen zu lassen und eine Entscheidung erst in der Sondersitzung am 22.06. zu treffen.

RM Hammer begrüßt seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Verwaltungsvorlage; allerdings habe auch seine Fraktion noch kleinere Anregungen, so dass er einer Vertagung zustimmen könne. Beispielsweise sei die Aufstellfläche für direkt linksabbiegende Radfahrer aus der Dürener Straße stadtauswärts zu klein. Hier rege er – ähnlich wie auf den Bächen - eine große, durchgehend rot markierte Aufstellfläche in der kompletten Fahrbahnbreite vor den wartenden Pkw an. Gleiches möchte er auch für alle anderen Relationen, bei der nur das indirekte Linksabbiegen vorgesehen sei, geprüft wissen. Die in der Vorlage genannten Umlaufzeiten von 110 Sekunden verursachen eine Wartezeit von knapp vier Minuten; dies sei sicherlich noch zu optimieren.

Die Breite der Schutzwege auf dem Gürtel aus Norden kommend sei derzeit mit 1,50 m angegeben. Hierzu möchte er die Frage aufwerfen, ob diese aufgrund des starken Radverkehrs auf 1,85 m oder sogar 2,00 m aufgeweitet werden könne.

Letztendlich schlage er vor, an der Einbiegung Falkenburgstraße die Ausschleusung des Radverkehrs auf die Straße deutlicher zu signalisieren und ggf. auch Piktogramme auf der Fahrbahn aufzubringen.

RM Dr. Symanski nimmt Bezug auf den Wortbeitrag von Frau Blömer-Frerker und weist auf die verteilten Optimierungsvorschläge hin (vgl. hierzu die beigefügte Anlage). Darüber hinaus halte sie eine Temporeduzierung für Pkw durchaus auch für geeignet, die Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer in diesem Bereich zu erhöhen. Bei der sich abzeichnenden Vertagung bitte sie die Verwaltung, die eingereichten Vorschläge zu prüfen und Stellung zu nehmen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, merkt an, dass die Sondersitzung auf 30 Minuten begrenzt und eine weitere intensive Diskussion dann nicht mehr möglich sei. Ad hoc gehe er davon aus, dass einige Anregungen wie die Piktogramme sicherlich umsetzbar seien. Direkte Linksabbiegemöglichkeiten sehe die Verwaltung grundsätzlich immer vor, sofern dies machbar sei. Hier hingegen handle es sich jedoch um einen schwierigen unfallträchtigen Kreuzungsbereich, so dass er diesen Aspekt sehr kritisch sehe.

Er schlage vor, alle Vorschläge, auch den Ergänzungsantrag aus der BV Lindenthal, mitzunehmen und bis zur kommenden Sitzung eine Stellungnahme abzugeben.

RM Weisenstein fragt, ob eine Reduzierung der in diesem Bereich ausufernden Stadtmöblierung möglich sei, um hierdurch auch die Sichtbeziehungen zu verbessern. Zudem könne er die Argumentation hinsichtlich der direkten Linksabbiegemöglichkeit nicht in Gänze nachvollziehen. Wenn die Verwaltung dies grundsätzlich befürworte und toleriere, sollte sie es auch progressiv bewerben und die anderen Verkehrsteilnehmer auf diese zusätzliche Herausforderung des Achtgebens aufmerksam machen.

SE Vietzke nimmt Bezug auf die Kreuzung Aachener Straße/Innere Kanalstraße/Universitätsstraße und den dort ermöglichten gegenläufigen Radverkehr, um links abzubiegen. Er bitte um Prüfung, ob dies durch eine Verbreiterung der Radfahrfurten auch im in Rede stehenden Kreuzungsbereich möglich gemacht werden könne, so dass der Radfahrer, der aus der Dürener Straße stadtauswärts links abbiegen möchte, über die Furt Dürener Straße geführt werde, um den Gürtel südlich der Dürener Straße zu queren, auch um damit die extremen Wartezeiten zu umgehen. Weiterhin rege er an, die Roteinfärbung des Radweges bzw. die Benutzungspflicht an der Einmündung Falkenbergstraße aufzuheben.

Hinsichtlich der Frage nach einer sparsameren Möblierung führt Herr Harzendorf aus, dass dort Schilder, Signalmasten, Maste für die Stadtbahn sowie ein Baum stünden; diese seien nicht verzichtbar. Zudem betont er nochmals, dass links abbiegende Radfahrer an dieser Kreuzung durchaus gewissen Risiken ausgesetzt seien. Aus Sicherheitsgründen rate er dringend davon ab. Auch den gegenläufigen Radverkehr halte er für nicht zielführend, da dann wiederum der nächste Überweg erreicht werden und so komplette Überplanungen erfolgen müssen.

Stellv. Ausschussvorsitzende dos Santos Herrmann schließt die Diskussionsrunde und schlägt vor, die Beschlussfassung bis zur Sondersitzung zu vertagen. Die Verwaltung werde gebeten, alle Anregungen und Hinweise zu prüfen und möglichst frühzeitig vor der Sitzung eine Stellungnahme abzugeben. Sie hoffe auf eine einvernehmliche Beschlussfassung noch vor der Sommerpause, da hier dringender Handlungsbedarf bestehe.

- Die Beschlussfassung wird einstimmig vertagt.

4.2 Baubeschluss für den Rückbau des begehbaren Kanals im Zusammenhang mit dem Ausbau der Geestemünder Straße zwischen Neusser Straße und Industriestraße in Köln-Niehl sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen, hier: Finanzstelle 6601-1201-5-1023, Geestemünder Straße (Neusser Landstraße bis Merkenicher Straße) 1218/2015

Auf die massive Kritik bzw. das Unverständnis von RM Houben eingehend betont Herr Harzendorf, dass hier Vermutungen allein nicht ausreichend seien. Die Verwaltung müsse zweifelsfrei nachweisen können, wem der Kanal gehöre. Hierzu sei sie jedoch trotz intensiver Recherche - wie in der Vorlage ausgeführt - nicht in der Lage.

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung mit dem Rückbau des begehbaren Kanals unterhalb der Geestemünder Straße mit Gesamtkosten in Höhe von 1.043.462,24 €.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretung Nippes uneingeschränkt zustimmt.

und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für den Rückbau des Medienkanals unterhalb der Geestemünder Straße in Höhe von 100.000,00 € im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, bei Finanzstelle 6601-1201-5-1023 Geestemünder Straße, (Neusser Landstraße - Merkenicher Straße) Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, im Haushaltsjahr 2015.

Die Voraussetzungen zur vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 82 GO NRW liegen vor.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.3 Radschnellweg Köln-Frechen

1. Bedarfsfeststellung über die Vergabe der Generalplanung inklusive der örtlichen Bauüberwachung (Leistungsphasen 1-9 HOAI) sowie über die Erstellung eines Verkehrsgutachtens

2. Planungsbeschluss über die Leistungsphasen 1 und 2

3. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen bei Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze

1168/2015

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss stellt - vorbehaltlich der Rechtskraft des Haushaltes sowie des Abschlusses der Kooperationsvereinbarung - den Bedarf für die Vergabe der Generalplanung für den Radschnellweg Köln-Frechen für die Leistungsphasen 1-9 inklusive örtlicher Bauüberwachung sowie die Erstellung eines Verkehrsgutachtens fest.

Weiterhin beauftragt der Verkehrsausschuss - vorbehaltlich der Rechtskraft des Haushaltes sowie des Abschlusses der Kooperationsvereinbarung - die Verwaltung mit der Planung des Radschnellweges Köln-Frechen.

Gleichzeitig beschließt der Verkehrsausschuss - vorbehaltlich der Rechtskraft des Haushaltes sowie des Abschlusses der Kooperationsvereinbarung - die Vergabe der Generalplanung für die Leistungsphasen 1-2 gemäß HOAI 2013 sowie die Vergabe des erforderlichen Verkehrsgutachtens mit Gesamtkosten in Höhe von 186.500 EUR.

und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt - vorbehaltlich der Rechtskraft des Haushaltes sowie des Abschlusses der Kooperationsvereinbarung - die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 186.500 EUR im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei Finanzstelle 6601-1201-0-4799 (Radschnellweg Köln-Frechen), Teilplanzeile 8 (Auszahlungen für Baumaßnahmen) zur Vergabe der Leistungsphasen 1 – 2 HOAI im Haushaltsjahr 2015.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.1 Planungsbeschluss zum Neubau einer Rad- und Fußwegebrücke an der Weinsbergstraße 1219/2014

Auf Frage des RM Hammer teilt Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, mit, dass das Amt für Liegenschaften und Kataster derzeit in Verhandlungen hinsichtlich des notwendigen Grunderwerbs sei; einen zeitlichen Rahmen könne er jedoch nicht benennen.

SE Fahlenbock bittet zu beachten, dass sowohl die Brücke als auch die Zuwegung barrierefrei gestaltet werden.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, wenn die Bezirksvertretung Ehrenfeld uneingeschränkt zustimmt und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, - vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung - die Planung für eine neue Rad- und Fußwegebrücke an der Weinsbergstraße als Fachwerk- oder Balkenbrücke bis zur Ausschreibungsreife (einschließlich LPH 6 der HOAI) vorzunehmen. In einem ersten Schritt sollen Vorentwurfsplanungen erfolgen. Über die Ausführungsart und Gestaltung der Brücke soll nach Abschluss des Vorentwurfs im Rahmen eines erweiterten Planungsbeschlusses entschieden werden.

Gleichzeitig beschließt der Rat zur Sicherstellung der Planung für den Neubau Rad- und Fußwegebrücke an der Weinsbergstraße die Freigabe von 40.000,00 Euro im Teilfinanzplan 2015 – Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Teilplanzeile 8 – Auszahlung für Baumaßnahmen bei Finanzstelle 6901-1202-4-0210 Brücke Weinsbergstraße, Hj. 2015.

Die weitere Beauftragung der Planung soll nach gesichertem Grunderwerb erfolgen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.2 Grundsatzbeschluss zur zukünftigen Nutzung des Deutzer Hafens
0255/2015**

RM Hammer bittet bei den künftigen Planungen darauf zu achten, dass es in ferner Zukunft auch einen S-Bahn-Halt hinter der Südbrücke geben könnte und die Flächen dementsprechend freigehalten und nicht überplant werden.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beschließt, die bisherige Hafennutzung im Deutzer Hafen aufzugeben und den Standort als innerstädtisches Quartier für Wohnen und Arbeiten bei Erhalt der Großmühle zu entwickeln. Die planungsrechtliche Neuordnung erfolgt durch ein Bebauungsplanverfahren. Im Hinblick auf die Wohnnutzung sind die Belange des aktiven und passiven Lärmschutzes in besonderer Weise zu berücksichtigen. Das kooperative Baulandmodell wird angewandt.
2. Zur städtebaulichen Qualifizierung und Vorbereitung des Bebauungsplanverfahrens ist unter besonderer Berücksichtigung der wasserhaushaltsrechtlichen Anforderungen von der Verwaltung ein kooperatives Werkstattverfahren mit Beteiligung der Betroffenen sowie der Stadtgesellschaft durchzuführen. Die vorliegende städtebauliche Machbarkeitsstudie ist hierbei zu beachten.
3. Die Verwaltung wird aufgefordert, im laufenden Verfahren zum Entwurf des neuen Landesentwicklungsplans für NRW (LEP/E) beim Land die Forderung nach Umwandlung des Deutzer Hafens in ein Quartier für Wohnen und Arbeiten einzubringen. Auf die bisher vorgesehene Darstellung als 'landesbedeutsamer Hafen' ist zu verzichten. Ebenso ist ein entsprechendes Änderungsverfahren des Regionalplans, Teilraum Köln, zu veranlassen.
4. Der sog. 'Moratoriumsbeschluss' des Rates vom 20.05.2010, mit dem die städtischen Gesellschaftsvertreter angewiesen werden, dass die HGK AG keine Miet- und Pachtverträge über 2020 hinaus abschließt, wird vorerst bis 2020 verlängert. Die notwendige Verlagerung der jetzt noch im Deutzer Hafen aktiven gewerblichen Unternehmen ist sozial- und wirtschaftlich verträglich vorzunehmen. Die Großmühle kann an ihrem Standort verbleiben und wird in die Umplanung integriert.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.Köln

**5.3 245. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
1381/2015**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretungen ohne Einschränkung zustimmen und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der 245. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.4 Baubeschluss für die 3. Baustufe der Nord-Süd Stadtbahn in Rodenkirchen mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes des Hj. 2015 bei Finanzstelle 6903-1202-2-5102 Stadtb.Rh.-Sieg BANord-Süd/3.Betr.absch. und Finanzstelle 6601-1201-2-1031 Bonner Str. (Nord-Süd-Stadtbahn, 3. BA)
0685/2015**

Stellv. Vorsitzende dos Santos Herrmann begrüßt zu dieser Vorlage einige Vertreter aus der Bezirksvertretung Rodenkirchen, denen Gelegenheit gegeben werden soll, den angekündigten Vortrag mit zu verfolgen und sich an der Diskussion und Beratung zu beteiligen. Zudem macht sie darauf aufmerksam, dass es für den 2. Beratungsdurchlauf im hiesigen Ausschuss eine Sondersitzung geben werde, die auf Montag, 22. Juni, 14 Uhr terminiert wurde.

Herr Wittrock, Vertreter der BPR Gruppe, trägt anschließend anhand einer Powerpoint-Präsentation die Änderungen, die sich im laufenden Planfeststellungsverfahren ergeben haben, vor.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, teilt ergänzend mit, dass es noch ein weiteres Gespräch mit dem REWE-Markt an der Ecke Schönhauser Straße/Bonner Straße geben werde, die durch die Maßnahme einige Parkplätze verlieren werden. Er hoffe, auch anschließend mit der Bezirksregierung in diesem Aspekt Einvernehmen erzielen zu können.

SE Dr. Klusemann begrüßt für die SPD-Fraktion die vorliegenden Planungen bzw. Änderungen, fragt aber kritisch nach, ob eine Offenlage in den Sommerferien, allgemeine Urlaubszeit, rechtliche Einsprüche nach sich ziehen könnte. Darüber hinaus bittet er um Mitteilung, ob am Linksabbieger Mathiaskirchplatz die Querung zum Z-Übergang (Anlage 14) optimiert bzw. verlegt werden könne, so dass die Fußgänger von der Bonner Straße Richtung Norden komfortabler queren können. Letztendlich spricht er noch die Radfahrspuren auf der Schönhauser Straße an, die dort mitten auf der Fahrbahn verlaufen; hier hege er starke Sicherheitsbedenken im Hinblick auf die nicht so geübten Fahrradfahrer.

Seitens der CDU-Fraktion lobt RM Roß-Belkner, dass die Änderungen in der Tat überschaubar seien und auch versucht wurde, mit allen Betroffenen einvernehmliche Ergebnisse zu erzielen. Dennoch würden viele Stellplätze verloren gehen, die auch mit der P+R-Anlage am Verteilerkreis nicht aufgefangen werden können. Etwas irritiert sei sie nun über einige Aussagen in der Verwaltungsvorlage, die ihr bisher nicht bekannt waren. So sei mit einer Gesamtinbetriebnahme der Nord-Süd Stadtbahn in 2023

zu rechnen, allerdings sollen nach einer Vorabinformation die Bahnen vom Verteilerkreis bis zum Chlodwigplatz bereits ab Ende 2018 fahren. Hier möchte sie wissen, ob diese Information richtig sei und wie es sich dann mit der Abbindung der Buslinie 132 verhalte.

Frau Roß-Belkner ist auch erstaunt über die Tatsache, dass eine Verlängerung der Stadtbahn bis Meschenich durch eine Querung des Verteilerkreises nur in Hochlage möglich sei. Diese Feststellung wurde in dieser Deutlichkeit bisher nicht getroffen und sei angesichts der etwaigen 4. Baustufe von nicht unerheblicher Bedeutung. Auch die umfangreiche Umgestaltung des Knotenpunktes Bonner Straße/Schönhauser Straße/Marktstraße/Brühler Straße habe sie mit leichtem Befremden zur Kenntnis genommen; in dieser Ausführlichkeit seien die Detailplanungen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen ihres Wissens nach weder in der Bezirksvertretung noch im hiesigen Ausschuss vorgestellt worden. Sie rege daher an, hier vor einer Beschlussfassung einen gemeinsamen Ortstermin durchzuführen.

Stellv. Vorsitzende dos Santos Herrmann greift diesen letzten Kritikpunkt auf und weist darauf hin, dass diese Planungen bereits durchaus in der vergangenen Wahlperiode vorgestellt und zudem auch intensiv, teils auch kontrovers, diskutiert worden seien.

BV Schykowski teilt mit, dass die CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung die 3. Baustufe aufgrund der Einspurigkeit auf der Bonner Straße bisher immer abgelehnt habe; das hierzu erstellte Verkehrsgutachten halte seine Fraktion für völlig unrealistisch. Insbesondere auch auf dem Raderthalgürtel seien erhebliche Rückstaus durch unzureichende Flächen für Rechtsabbieger Richtung Süden zu befürchten, zumal nun im Zuge der Neubebauung des Deutschen Welle-Geländes 750 Wohnungen hinzukämen. Abschließend interessierte ihn noch, ob die drei Mammutbäume auf dem kleinen Anliegerstück auf der Marktstraße erhalten bleiben.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zeigt sich RM Hammer erfreut über die Verwaltungsvorlage und die Tatsache, dass den Belangen der Anwohner weitestgehend Rechnung getragen werden konnte. Grundsätzliche sei er mit den Änderungen einverstanden. An Herrn Dr. Klusemann gerichtet weist er darauf hin, dass die Radfahrspur mitten auf der Fahrbahn, die im Übrigen hier bereits in der letzten Legislaturperiode so beschlossen wurde, für den geübten Radfahrer die sicherste Variante darstelle und alternativ der Gehweg genutzt werden könne.

BV Dr. Müller schließt sich im Wesentlichen den Ausführungen ihres Vorredners an. Sie spricht jedoch noch die bisher vorliegenden Stellungnahmen des Rechnungsprüfungsamtes an und bittet um Mitteilung, ob die Verwaltung diese ggf. in der kommenden Sitzung der Bezirksvertretung am 22.06. erläutern und mit der Bezirksvertretung diskutieren könne.

RM Weisenstein führt aus, dass die Planungen jahrelang ausführlich diskutiert worden seien und mit der vorliegenden Verwaltungsvorlage nun ein guter Kompromiss erarbeitet wurde. Eine erneute Debatte über Planungsdetails halte er für nicht Ziel führend; der Baubeschluss sollte nun zügig gefasst werden.

Diesem Statement pflichtet RM Houben grundsätzlich bei. Dennoch möchte er noch wissen, ob eine Reduzierung der derzeit drei Linksabbiegemöglichkeiten von der Bonner Straße stadtauswärts Richtung Marienburg auf nur noch eine – in die Marienburger Straße – als ausreichend angesehen werde und welche Verkehrszahlen dieser

Vermutung zugrunde liegen. Weiterhin fragt er, warum an einigen Stellen Schutzstreifen geplant seien, obwohl die Gehwege eine Boulevard ähnliche Breite von 6 – 8 m aufweisen. Den Hinweis von Herrn Dr. Klusemann, dass einige Bereiche für Radfahrer nicht ungefährlich erscheinen, könne er sich vollkommen anschließen.

Auch BV Daniel spricht eine für ihn nicht nachvollziehbare Radwegführung an: Auf der Kreuzung Bayenthalgürtel/Bonner Straße werde der Radweg künftig in die Kreuzung hineingeführt, so dass dieser von den Linksabbiegern, die aus Süden kommend in den Bayenthalgürtel fahren, geschnitten werde. Zudem hege er starke Zweifel an der fristgerechten Schlussabrechnung der Maßnahme zum 31.12.2019.

BV Ilg teilt mit, dass aus seiner Sicht der Baubeginn der 3. Baustufe nur dann Sinn mache, wenn die juristischen Unwägbarkeiten für die 4. Baustufe ausgeräumt seien. Zudem wirft er die Frage auf, ob auch mit der IG Heidekaul Gespräche geführt worden seien.

Die Herren Neweling, Harzendorf, Wittrock und Höhn nehmen zu den aufgeworfenen Fragen wie folgt Stellung:

Dass die Offenlage nun in den Sommerferien stattfinden soll, sei ein Vorschlag der Bezirksregierung gewesen. Da die Unterlagen auch im Internet eingesehen werden können, stelle die Urlaubszeit somit kein Hindernis dar.

Eine Verlegung der Querung zum Z-Überweg sei nicht möglich; ein Z-Überweg müsse aus Sicherheitsgründen immer so angelegt werden, dass ankommende Fußgänger zwingend in Richtung ankommende Stadtbahnen gucken bzw. gehen müssen.

Grundsätzlich seien Radfahrer auf der Fahrbahn nicht nur komfortabler sondern auch sicherer unterwegs. An der angesprochenen Kreuzung sei die Situation jedoch relativ komplex, so dass - wie bereits in der Diskussion angesprochen – die ungeübten Radfahrer alternativ den breiten Fußweg nutzen können.

Die Frage der reduzierten Stellplätze werde noch von der Verwaltung untersucht und ggf. über ein Bewirtschaftungskonzept gelöst. Hierzu werde die Verwaltung noch zu gegebener Zeit informieren bzw. eine entsprechende Vorlage einbringen.

Hinsichtlich der Abbindung der Buslinie 132 müsse das Busnetz dann so angepasst werden, dass noch eine adäquate Busverbindung von Meschenich und Rondorf Richtung Kölner Innenstadt angeboten werden könne. Ob diese dann über die Bonner Straße oder über eine andere Strecke geführt werde, könne erst ca. 1-1,5 Jahre vorher, d.h. 2017, überlegt und diskutiert werden.

Eine Verlängerung der Stadtbahn in Richtung Meschenich und Rondorf sei nicht nur in Hochlage möglich, sondern durchaus auch in Tieflage oder ebenerdig.

Der Vorwurf, dass über die Umplanungen am großen Knotenpunkt an der Schönhäuser Straße nicht ausreichend informiert wurde, müsse zurückgewiesen werden. Es habe hierüber nicht nur eine umfängliche Diskussion stattgefunden sondern auch eine entsprechende Beschlussfassung.

Dass ein Schutzstreifen von abbiegenden Autofahrern geschnitten werde, sei eine häufig in Köln anzutreffende Situation; da es hier jedoch keinerlei Auffälligkeiten gebe, habe die Verwaltung keine Sicherheitsbedenken, zumal der Autofahrer in diesem Bereich auch die Geschwindigkeit reduzieren müsse.

Die Aufsiedlung des Deutschen Welle-Geländes habe in der Tat bei den Gutachten noch nicht berücksichtigt werden können und müsse noch aktuell untersucht werden. Möglicher Weise habe dies auch auf das Baugeschehen Auswirkungen, stehe jedoch nicht im Zusammenhang mit der 3. Baustufe, da diese Bestand für die weiteren örtlichen Planungen sein müsse und werde.

Die von Herrn Schykowski angesprochenen Mammutbäume bleiben erhalten.

Die Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes (RPA) sei bereits von März d.J. und noch nicht als Endfassung zu verstehen. Zudem seien in dieser auch KVB-Positionen geprüft worden, für die das RPA nicht zuständig sei. Die Prüfung dauere aktuell an, es wurden bereits auch viele klärende Gespräche geführt. Eine finale Stellungnahme werde spätestens zum 22.06. erwartet.

Dass eine Konzentration des Verkehrs durch die reduzierten Abbiegemöglichkeiten Richtung Marienburg stattfinden werde, könne die Verwaltung nicht bestreiten. Die genauen Untersuchungszahlen wurden allen Beteiligten zur Kenntnis gegeben und werden nochmals nachgereicht. Die Situation werde jedoch als nicht kritisch eingestuft. Das Thema Verkehrsberuhigung Marienburg sei von diesem Verfahren getrennt worden und werde separat behandelt.

Ob auf einer Strecke ein Schutzstreifen oder ein Radweg angelegt werde, sei im Wesentlichen von der Verkehrsmenge und der Art der Fahrzeuge – Pkw oder Lkw – abhängig. In einem Bereich, in dem viele Lkw fahren, sei ein Schutzstreifen sicherlich nicht sehr komfortabel. Auch diese Frage sei sowohl im hiesigen Ausschuss als auch in der Bezirksvertretung ausführlich diskutiert worden.

Sicherlich können zeitlichen Verzögerungen der Maßnahme nicht in Gänze ausgeschlossen werden; die Verwaltung sei jedoch sehr gut aufgestellt und zudem zuversichtlich, dass ein Folgegesetz zum GVFG verabschiedet werde.

Der Bau der P+R-Anlage sei von diesem Verfahren abgekoppelt werden und über ein B-Plan-Verfahren realisiert. Die Inbetriebnahme der Stadtbahn sei von dieser Anlage nicht abhängig.

Anschließend stellt stellv. Vorsitzende dos Santos Herrmann fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen – bis zur Sondersitzung könne hier sicherlich noch der „kurze“ Dienstweg genutzt werden – und stellt den Verweisungsbeschluss ohne Votum zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum zunächst in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1 Kölner Großbaustellen/Brücken hier: Mündliche Anfrage des RM Hammer aus der Sitzung des Verkehrsausschusses am 09.03.2015, TOP 8.3 1086/2015

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6.2 Herstellung eines Fußgängerüberweges Am Klosterhof in Köln-Dünwald
hier: Mündliche Nachfrage des SE Czernik aus der Sitzung des Verkehrsausschusses am 09.03.2015, TOP 7.3
1179/2015

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM Michel berichtet, dass der heute nicht anwesende SE Czernik mit der vorliegenden Stellungnahme nicht in Gänze zufrieden sei.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, schlägt vor, zunächst die von der Verwaltung vorgesehene Maßnahme umzusetzen und anschließend einen Ortstermin durchzuführen.

Stellv. Vorsitzende dos Santos Herrmann bittet auch die Bezirksvertretung Mülheim entsprechend zu informieren.

6.3 Beantwortung der Anfrage der Piratengruppe im Rat der Stadt Köln "Videoüberwachung der KVB AG" (AN/0205/2015) aus der Sitzung am 09.03.2015
hier: Nachfragen zur Antwort der Verwaltung (DS-Nr.: 1206/2015)
1664/2015

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6.4 Stau-Stadt Köln
hier: Anfrage der FDP-Fraktion zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 28.04.2015, TOP 1.4
1424/2015

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt.

RM Houben merkt an, dass er die Stellungnahme zwar zur Kenntnis nehme; nicht verstehen könne er jedoch, warum die Verwaltung – obwohl sie wisse, dass die Publikation falsche bzw. irreführende Zahlen enthalte – nicht eine Gegendarstellung im Rahmen einer Pressemitteilung veröffentliche. Derartige Veröffentlichungen seien nicht förderlich für das Image der Stadt Köln.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, stellt klar, dass die Verwaltung durchaus versucht habe zu recherchieren, auf welchem Zahlen- und Datenmaterial die in Rede stehende Publikation beruhe. Das Ergebnis sei sehr dünn gewesen und habe nicht ernsthaft nachvollzogen bzw. nachgewiesen werden können. Die vom dortigen Redaktionsteam angenommene Straßenlänge der Stadt Köln i.H.v. über 6000 km beispielsweise lasse auf eine eher unseriöse Recherche schließen.

Darüber hinaus habe der Dt. Städtetag empfohlen, das Thema nicht weiter zu verfolgen und auf sich beruhen zu lassen.

Stellv. Vorsitzende dos Santos Herrmann äußert zwar Verständnis für diese Ausführungen, hält jedoch den Vorschlag von Herrn Houben für grundsätzlich richtig; die Verwaltung sollte i.E. durchaus öfters in die Offensive gehen.

**6.5 Sanierung der Mülheimer Brücke - Chance für den Radverkehr;
Beantwortung der gemeinsamen Anfrage AN/0446/2015 vom 11.03.2015
der Fraktion Die Linke und der Gruppe Deine Freunde
1014/2015**

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt.

RM Weisenstein nimmt Bezug auf die unter Ziff. 1.4 gegebene – durchaus nachvollziehbare - Antwort und bittet um Mitteilung, ob alternativ eine etwas steilere Rampe an die heute bereits Vorhandene angebunden werden könne oder ob dies seitens der Behindertenverbände strikt abgelehnt werde.

Zudem falle die Stellungnahme zu Ziff. 1.5 etwas dürftig aus, zumal er wisse, dass eine Vorlage zum Niehler Gürtel seit geraumer Zeit in Vorbereitung sei.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, teilt mit, dass die Verwaltung durchaus schon Ideen habe und auch zuversichtlich sei, hier eine adäquate Lösung anbieten und umsetzen zu können.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, rät aufgrund des zu berücksichtigenden Denkmalschutzes von einer sog. Schnellrampe ab, zumal eine Anbindung – wenngleich auch nicht optimal – vorhanden sei.

7 Mitteilungen der Verwaltung

**7.1 Einsatz von KVB-Elektrobussen auf der Linie 133 Zollstock/Südfriedhof
bis Breslauer Platz/Hbf
0941/2015**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.2 Verwendung der Stellplatzablösemittel im Jahr 2014
1508/2015**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.3 "Ist die Mobilität der Köln-Pass-Nutzer umfänglich gedeckt?"
(AN/0379/2015 vom 02.03.2015)
0702/2015**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.4 Vierter Nationaler Radverkehrskongress am 18. / 19. Mai 2015 in Potsdam
hier: Mit System zum Erfolg - Radverkehrserhebung in Köln und deren Nutzen für die Planung
1729/2015**

Die Beantwortung wurde als Tischvorlage zur Sitzung verteilt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

8 Mündliche Anfragen

**8.1 Shuttlebus-Verbindung Meschenich - Bhf. Hürth-Kalscheuren
Mündliche Anfrage des RM Roß-Belkner**

RM Roß-Belkner erinnert an den Beschluss des Verkehrsausschusses vom 25.03.2014 zur Shuttlebus-Anbindung Meschenich – Bhf. Hürth-Kalscheuren und bittet um Mitteilung, warum der Beschluss immer noch nicht umgesetzt werden konnte.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, berichtet, dass die Anfrage nach der Errichtung einer Bushaltestelle in der Zufahrtsstraße zum Bahnhof Hürth-Kalscheuren von dortiger Seite zunächst abschlägig beschieden wurde; die in Rede stehende Straße habe eine reine Anliegerfunktion, keine größere verkehrliche Bedeutung und somit sei beispielsweise auch kein Winterdienst sichergestellt. Im Juli sei jedoch ein weiterer Gesprächstermin anberaumt und er hoffe, dass dann eine einvernehmliche Lösung gefunden werde.

RM Roß-Belkner bittet, den Ausschuss und die Bezirksvertretung zeitnah über das Ergebnis zu informieren.